Erscheint täglich
früh 8½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tausch-Exemplar gerechnet) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Vorschußnahme.

№ 26. Mittwoch den 26. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
Reichstagswahl betreffend.

Die wegen der Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage für hiesige Stadt aufgestellte Wählerliste wird während der Zeit **vom 23. bis mit 30. Januar dieses Jahres** täglich Vormittags von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags 3 bis 7 Uhr im **Stadthause**, Ostmarkt 3, 1. Etage, Zimmer Nr. 87, zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Unter Hinweis auf §. 5 des zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß, wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, **dies innerhalb acht Tagen** nach dem Beginn der Auslegung, also bis mit 31. ds. Mts. bei uns schriftlich anzeigen oder bei dem in dem angegebenen Locale anwesenden Beamten zu Protokoll geben kann und die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen muß.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. R.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen,
die Brücke in Linie der Kleinen Burggasse zur Beethovenstraße
Carola-Brücke,
diejenige in Linie der Albert- zur Mozartstraße
Albert-Brücke
und diejenige in Linie der Sidonienstraße zur Straße VII des südwestlichen Bebauungsplanes
Sidonien-Brücke
zu benennen, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 192/89. Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Auctions-Bekanntmachung.
Donnerstag, den 27. dieses Monats, Vormittags von ¼10 Uhr an,

sollen im Stadthause, Eingang Mühlgasse Nr. 1, verschiedene Mobiliargegenstände, Wäsche, Wand- und Taschenuhren, goldene Ringe, Kleidungsstücke, eine Zither, zwei Ziehharmonikas, eine Guitarre und verschiedenes Andere

an den Meistbietenden gegen **sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Id 2114. Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 19. Juli vor. Jrs. erklären wir hiermit, daß die **Rotzkrankheit**, welche in dem Stalle des Fuhrwerksbesitzers August Reinhold **Steinbach**, Moltkestraße Nr. 38, unter den Pferden desselben ausgebrochen war, für erloschen anzusehen ist, da innerhalb 6 Monaten vom Ausbruche der Seuche ab unter den unter Beobachtung gestellten übrigen Pferden des fraglichen Fuhrwerksbesitzers ein weiterer Fall der Seuche nicht vorgekommen ist, an denselben auch keine rotzverdächtigen Erscheinungen sich gezeigt haben. Die vorschriftsmäßige Desinfection ist erfolgt.

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 95. Dr. Georgi. Eichorius.

Städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 17. bis mit 23. dieses Monats im Argandbrenner bei 35 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16 2fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.415.

Leipzig, am 24. Januar 1887.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Holzauction.

Mittwoch, den 9. Februar c. sollen im Forstreviere **Connewitz** die auf der **neuen Eisenbahn-Linie** im Leipzig-, Mühl- und Streitholze aufbereiteten Hölzer, als:

10 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite,**
65 „ Eichen-
8 „ Rüstern- } **Brennscheite,** sowie
3 „ Ellern-
100 Haufen **Abraum,**
30 **harte Laughaufen,**
15 starke **weidene Laughaufen** und
20 Bund **Dornen,**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der Eisenbahnlinie im sogenannten Kuhfeld, unweit der hohen Brücke bei Connewitz. **Vormittags 9 Uhr.**

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Realgymnasium.

Anmeldungen zur Ostern-Aufnahme werden **Donnerstag den 27. und Freitag den 28. Januar 1887** Vormittags von 8 bis 11 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr von mir entgegengenommen.

Bei der Anmeldung sind das Geburtszeugniß, der Impfschein und die letzten Schulzeugnisse des aufzunehmenden Schülers vorzulegen.

Leipzig, am 14. Januar 1887. Siefert, Rektor.

Städtische Realschule.

Zu Ostern d. J. sollen drei Parallelclassen der Realschule, je eine VI., V. und IV., in das Gebäude der VI. Bürgerschule (Kreuzstraße) verlegt werden, um den Schülern aus dem südlichen Theile der Stadt den Besuch der Schule zu erleichtern. Anmeldungen hierfür nehme ich im Gebäude der Realschule, Nordstraße 37, jederzeit entgegen.

Dr. J. Stalg.
Director.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die für das Jahr 1887 neu erschienenen **Adreßbücher** der Städte **Berlin, Hamburg, Dresden, Halle** und **Chemnitz** in unserer Criminal-Abtheilung (Reichsmarkt Nr. 3, part. links) ausliegen und dort gegen Erlegung einer Nachsichtsgebühr von 25 ₰ während der gewöhnlichen Geschäftsstunden von Jedermann eingesehen werden können.

Leipzig, am 23. Januar 1887.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
206. D. R. Breitschneider. Dorgerloh, S.

Bekanntmachung.

Das Königl. Amtsgericht Hof hat am 21. Januar 1887, Nachmittags 3 Uhr die Eröffnung des Concursverfahrens über das Vermögen der Regenschirmmacherei-Eheleute **Ernst** und **Sophie Krug** (Firma Jul. Krug's Wwe.) in Hof beschlossen, als Concursverwalter den Königl. Gerichtsvollzieher Bauer hierselbst ernannt, offenen Arrest mit Anzeigefrist bis 5. Februar c. erlassen, erste Gläubigerversammlung verbunden mit allgemeinem Prüfungstermin auf Mittwoch, den 23. Februar 1887, Nachmittags ¼4 Uhr im Sitzungssaale anberaumt und Frist zur Anmeldung der Concursforderungen bis incl. 15. Februar c. eröffnet.

Hof, den 21. Januar 1887.

Gerichtsschreiberei des Königl. Amtsgerichts.
Müllner, Königl. Secret.

Nichtamtlicher Theil.

Das Septennat und das preußische Abgeordnetenhaus.

Die Berathung über das Etatscapitel Gesandtschaften ist am Montag zum Ausgangspunct einer Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Reichstagsmehrheit Windthorst und Richter genommen worden, welche den Zweck hat, den Reichstagswählern gegenüber den Verdunkelungen der Vertreter der Opposition volle Klarheit darüber zu verschaffen, welche Stellung die verbündeten Regierungen und die Parteien zur Septennatsfrage einnehmen. Der Standpunct der Regierungen ist, daß sie das Septennat als die äußerste Grenze betrachten, bis zu welcher der Kaiser über ein ihm von der Verfassung übertragenes Recht mit dem Reichstage pactiren kann. Die verbündeten Regierungen betrachten das Septennat, also die gesetzliche Feststellung der Heerespräsenz ohne Fristbestimmung als den durch die Verfassung vorgezeichneten regelmäßigen Zustand, von dessen Aufrechtung der Kaiser und die mit ihm verbündeten Fürsten und freien Städte nur im Interesse der friedlichen und stetigen Fortentwickelung der Reichseinrichtungen im Jahre 1874 Abstand genommen haben. Es ist nicht die Absicht, das damalige Zugeständniß zur Grundlage weiterer Zugeständnisse zu machen, sondern das Septennat bildet das durch einmaligen Verzicht geschaffene Recht, an welchem der Reichstag nicht mehr rütteln darf. Das ist der Sachverhalt, wie er bereits wiederholt vom Reichskanzler dargelegt worden ist, ohne jedoch die Führer der Reichstagsmehrheit dadurch von Entstellungen und Verdrehungen der wahren Sachlage abzuhalten.

Die Opposition hat, um ihre Stellung den Wählern gegenüber zu verbessern, zu dem Mittel ihrer Zuflucht genommen, daß sie den Streit über das Septennat nur zum Vorwand gestempelt hat, den bereits abgelehnten Monopolen zur Annahme zu verhelfen und das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen. Darauf hat der Reichskanzler am Montag klar und deutlich erwidert: „Wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben und unsere Finanzen in Folge dessen so erschöpft sein werden, daß wir zu jedem Mittel unsere Zuflucht nehmen müssen, dann werden wir nicht nur Monopole, sondern viel härtere Steuern dem Reichstage vorlegen, um die Contributionen an die Feinde zu zahlen.“ Und in Bezug auf die angebliche Absicht, das Wahlrecht zu ändern, hat der Reichskanzler erwidert: „Ich bekenne mich vor der Nation als den schuldigen Urheber des allgemeinen Wahlrechts für den deutschen Reichstag und habe es gewissermaßen als mein Kind zu vertreten und gebe dem Abgeordneten Windthorst die von mir verlangte Erklärung voll und unumwunden, daß im Schooße der verbündeten Regierungen von der Aufhebung dieses Wahlrechts in keiner Weise die Rede ist.“

Der Abgeordnete Windthorst hat dem Reichskanzler ferner die Absicht unterschoben, den Absolutismus wiederherzustellen. Auch auf diese Unterstellung hat der Reichskanzler eine Antwort ertheilt, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt und keiner Mißdeutung fähig ist: „Die absolute Monarchie wiederherzustellen, halte ich für unmöglich, ich halte für unbedingt nothwendig, daß die Monarchie temperirt werde durch die Freiheit der Presse, durch die Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Aenderung der Gesetze, d. h. daß die gesetzliche Gewalt getheilt werde und Vertreter des Volkes und eine freie Presse im Stande seien, ohne Furcht und ohne Rücksichten den König und seine Regierung auf jeden Irrthum aufmerksam zu machen. Darüber hinaus liegt ein Bestreben, was mit der Verfassung nicht übereinstimmt, das ist ein Mitregieren. Die vollziehende Gewalt beruht beim König allein. Das diene zur Bekämpfung des Gedankens, als ob ich für den Absolutismus wäre.“

Diese positiven, ganz unzweifelhaften Erklärungen des Reichskanzlers haben aber den Abgeordneten Richter nicht verhindert, an seinen Zweifeln festzuhalten und die Wiedereinbringung der Monopolvorlagen einem gefügigen Reichstage sowie die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts als bevorstehend anzukündigen. Die Haltung, welche der Kanzler gegen die Volksvertretung annehme, zeige, daß er ein Gegner des gleichen Wahlrechts sei. Dabei macht aber Abgeordneter Richter einen Unterschied zwischen dem geheimen und dem gleichen Wahlrecht. Aber alle diese Vermuthungen, welche die Aufrichtigkeit der Regierungspolitik zu bemängeln bestimmt schienen, bildeten nur die Einleitung zu dem Hauptangriff des Abgeordneten Richter gegen den anwesenden Kanzler, daß er sich selbst mit dem deutschen Reiche verwechsle und daß sich seine Machtstellung auf die Dauer nicht mit der Macht der Krone vertrage. Zu der vorhandenen Machtvollkommenheit des Kanzlers solle noch die Macht über die Mehrheit im Reichstage hinzugefügt werden, und deshalb trete die Opposition für die armen Leute im Lande ein, damit diese Classen in der Besteuerung durch die militairische Dienstzeit mehr geschont würden.

Die Maßlosigkeit des Abgeordneten Richter in seinen Angriffen gegen den Reichskanzler machte es diesem leicht, die moralische Niederlage Richter's durch die Bemerkung zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, daß es ihn freuen würde, wenn Richter die Gefährdung der Krone durch den Reichskanzler zur Wahlparole machte. Es war ein langes Sündenregister, was der Kanzler dem Abgeordneten Richter als dem Vertreter der Fortschrittspartei vorhielt, nachdem dieser so alle Schranken überschritten hatte, welche einzuhalten ihm die Klugheit gebot. Mit vollem Recht konnte der Kanzler daran erinnern, daß jeder Fortschritt Preußens gegen die Fortschrittspartei zu Stande gekommen sei: bei der Militairorganisation 1861, bei der polnischen Frage, beim Kriege von 1864. Ferner erinnerte der Kanzler daran, daß die Fortschrittspartei 1866 gegen die Norddeutsche Bundesverfassung stimmte, daß sie die Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich erschwert „und“ — schloß der Kanzler — „weil die Fortschrittspartei jetzt gegen die Militairvorlage ist, hoffe ich am meisten auf ihre Annahme.“

Die Montagssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses wird vielen Leuten die Augen geöffnet haben, die bisher noch nicht klar gesehen hatten, wohin eigentlich die Reichstagsopposition hinaus wollte, als sie das Triennat im Gegensatz zum Septennat vorschlug und vertheidigte. Es ist indeß ganz unzweifelhaft, daß die mit dem Centrum verbündete deutschfreisinnige Partei die Macht des Reichstages auf Kosten der verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers und der verbündeten Regierungen stärken und die Stellung des Reichskanzlers erschüttern wollten, um den beiden Parteien die Entscheidung über alle Gesetzesvorschläge zu sichern. Eine solche Machtverschiebung ist aber nach den Erfahrungen der letzten 25 Jahre nicht zum Heile Deutschlands, und wir können uns nur Glück wünschen, daß die Thatkraft des leitenden Staatsmannes es ihm noch gestattet, gegen solche unberechtigte Anmaßungen mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit und seiner staatsmännischen Ueberlegenheit einzutreten. Die Grundlagen des deutschen Reiches sind nicht, wie Richter und Windthorst behaupten, durch den Kanzler gefährdet, sondern durch eine Mehrheit, deren letztes Ziel es ist, das Heft in die Hände zu bekommen.

Im Reichstag nach den Wünschen der Richter und Windthorst würde bald die Axt an die Wurzeln des deutschen Reiches gelegt haben; wir würden es dann erleben, daß das Heeresbudget jährlich berathen würde, daß man die zweijährige Dienstzeit einführte und die bewährte Heeresorganisation erschütterte, in anscheinend friedlichen Zeitläuften die Heerespräsenz herabsetzte und unseren äußeren Feinden Gelegenheit zu einem combinirten Angriff gegen das deutsche Reich schaffte. Die Socialdemokraten würden frohlocken, denn von einem Socialistengesetz wäre dann nicht mehr die Rede, und das Centrum würde die Herrschaft über den Staat antreten und die Schule unter das Joch des Vaticans beugen. Die Colonien würden aufgegeben, die Postdampferverbindung mit Asien, Afrika und Australien aufgegeben, die Wirthschaftspolitik total verändert und eine progressive Einkommensteuer an die Stelle des vorhandenen Steuersystems gesetzt. Man würde dann das Ende des deutschen Reiches mit ziemlicher Sicherheit in zehn Jahren vorhersagen können. *

Leipzig, 26. Januar 1887.

* Wie nunmehr auch die „Nationalzeitung“ mittheilt, sind die am Freitag erwähnten Besprechungen zwischen nationalliberalen, freiconservativen und conservativen Delegirten über die Berliner Wahlen nur vorbereitender Natur gewesen, namentlich auch betreffs der aufzustellenden Candidaten. Es würden jedenfalls hinsichtlich dieser noch Aenderungen eintreten. — Wie die „Kreuz-Zeitung“ vernimmt, soll der neue Reichstag bereits am 1. oder am 3. März (nicht erst am 8. März, wie wir nach der „Kölnischen Zeitung“ meldeten) einberufen werden. — Demselben Blatte zufolge hat Feldmarschall Graf Moltke die ihm angetragene Candidatur im 2. Berliner Reichstagswahlkreise abgelehnt.

* Gegenüber den Gerüchten von einer bevorstehenden Mobilisirung der italienischen Armee bemerkt der Pariser „Temps“, es sei nie von einer Mobilisirung der ganzen Armee die Rede gewesen, sondern blos von den alpinen Compagnien, welche bestimmt sind, die Nord- und Ostgrenze zu vertheidigen. Alle diese Compagnien, welche von Udine bis zu den maritimen Alpen echelonnirt sind und bis jetzt auf dem Friedensfuße waren, würden auf den Kriegsfuß gesetzt und auf einem einzigen Puncte zur Ausführung besonderer Manöver zusammengezogen werden. Man glaubte für diese Manöver erst die französische Grenzgegend ausersehen zu sollen, dann aber ging man aus Gründen internationaler Schicklichkeit davon ab, und so würden diese Manöver an der Schweizer Grenze stattfinden.

* Der österreichischen Reichsrathssession, die am 28. d. M. beginnt, sieht man mit vieler Spannung entgegen. Das Beispiel des Austritts der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage kann ein bitterböses Nachspiel im Reichsrath zur Folge haben. Das Taaffe'sche Bollparlament, auf welches sich dieser dem Kaiser gegenüber zu berufen pflegte, ist in seinen Fugen erschüttert. Von Chlumetzky und dem sehr zahmen Großgrundbesitzer Baron Scharschmidt an, bis zu Pickert und Kuranda sind die Deutschen entschlossen, wenn über ihre Anträge in der Weise zur Tagesordnung übergangen würde, wie im böhmischen Landtage, das Bollparlament zu einem Rumpfparlament umzugestalten. Die der Regierung nächststehenden Elemente sehen das auch ein und beginnen vorsichtig auf die radicalen Elemente der verschiedenen nationalen Parteien einzuwirken. Die officiöse Presse aller Sprachen warnt vor Provocationen. Auf den Erfolg dieser Stimmen kommt es an, sollen die Deutschen den Finanzminister Dr. Dunajewski nicht beim Worte nehmen und der Regierung die Pflicht auferlegen, zu beweisen, wie man nicht blos gegen die Deutschen, sondern ohne die Deutschen regieren kann. — Inzwischen nehmen die Sitzungen im böhmischen Rumpflandtage ihren weiteren Verlauf. Interessant ist, daß der Statthalter Böhmens, Baron Kraus, gewiß kein deutschfreundlicher Mann, die czechischen Abgeordneten warnte, eine Beschwerde über den Czechenhaß und gewisse Verunglimpfungen, welche die Czechen auf deutschem Sprachgebiete zu erdulden haben — die armen Czechen — im Landtage zur Verhandlung zu bringen. — Am 26. ds., an dem Termin, da die Deutschen ihrer Mandate verlustig werden, wird der Landtag auseinandergehen. Die Deutschen sehen den Neuwahlen mit Ruhe entgegen. Jeder Verkehr ist abgeschlossen, bis auf die übrigens schon vorher czechischen Handelskammern. In Stadt und Land selbst ist nichts zu befürchten. Die neugewählten deutschen Abgeordneten werden natürlich in der Abstinenz verharren.

* Die deutschen Arbeiter Oesterreichs beginnen endlich einmal etwas wie nationale Scham zu empfinden anläßlich der planmäßig betriebenen Verhetzung der czechischen Arbeiter gegen Alles, was deutsch heißt. Der czechische bedürfnißlosere Arbeiter, der auch ein geringer entwickeltes Volksbewußtsein besitzt, als der deutsche, hat seit Jahren den deutschen Arbeiter Oesterreichs verdrängt und geschädigt. Der kosmopolitische deutsche Arbeiter hat seiner Ideale wegen ruhig zugesehen, selbst dann noch hielt er an den sogenannten „internationalen Rechten“ fest, als es immer offenkundiger wurde, wie die czechischen Arbeiter ausschließlich national empfinden. Endlich beginnt man diese Unähnlichkeit einzusehen. Die socialdemokratische „Gleichheit“ in Wien sagt in ihrer letzten Nummer warnend: „Wir können nicht glauben, daß die Prager czechischen Arbeiter nicht merken, wie sie die Herren Gregr und Consorten einfangen wollen. Wenn aber doch, dann mögen die slawischen Arbeiter bedenken: auch die deutschen Arbeiter sind sich bewußt, was sie ihrem Volke als Deutsche schulden, und sind genöthigt, den Kampf aufzunehmen, wenn die slawischen Genossen sie dazu zwingen, wenn in die proletarische Bewegung der Sprachenstreit getragen wird.“

* Die Herren Czechen fahren in ihren kleinen Scherzen munter fort. Als am 22. Januar Abends der „Deutsche Handwerkerverein“ zu Prag im Grand Hotel einen Ball abhielt, entstand plötzlich in dem überfüllten Saale eine Panik dadurch, daß Glasscherben aus der Höhe herabfielen. Es war fast ein Wunder, daß Niemand verletzt ward, denn es zeigte sich, daß man aus einem der Nachbarhäuser ein großes Stück Holz auf die Glasbedachung des Wintergartens geschleudert hatte. Dieses hatte die doppelte Verglasung nicht nur durchschlagen, sondern auch den großen Reflector des einen Kronleuchters zertrümmert. Die Untersuchung wird hoffentlich die Urheber eines solchen Bubenstreiches auffinden, der viel Unheil hätte anrichten können. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Animosität gegen die Deutschen, die sich dort harmlos vergnügten, die Veranlassung war. Hatte doch dieselbe Gesellschaft schon früher in ihrem Garten, der von Häusern umgeben ist, wiederholt Belästigungen durch Steinwürfe zu ertragen.

* Die Verfolgung der deutschen Sprache in Rußland wird durch folgende zwei Fälle recht drastisch beleuchtet: In Riga hat der neue Chef der Steuerbehörde mittelst eines an seine Beamten erlassenen Tagesbefehles denselben strengstens untersagt, während der Bureaustunden ein deutsches Wort zu wechseln. Ebenso hat Dr. Alischewski, Director des großen Obuchow-Hospitales, dem Dr. Lewisohn verwiesen, daß derselbe bei Consultationen mit Collegen der deutschen Sprache sich bediene. Es verlautet, daß Dr. Lewisohn in Folge dessen den Dienst verlassen wolle.

* Im schwedischen Finanzvorschlage sind die Einnahmen auf 75 Millionen Kr. mit Einschluß der früheren Ueberschüsse 8½ Millionen und von 1886 von 1½ zusammen auf 81,565,000 Kr. angegeben. Die Ausgaben sind auf 72,692,000 Kr., mit den Kosten des Reichstags, den Zinsen der Staatsschuld auf 85½ Millionen Kr. berechnet. Der Ueberschuß beträgt mithin 1,140,000 Kr. — Für das Heer sind 115,800 Kr., für die Flotte 515,400 Kr., für das Post- und Forstwesen 418,600 Kr. mehr begehrt, für die jüngeren Prinzen Oskar, Karl und Eugen je 26,000 Kr., für den Ankauf von Artillerietaterial 700,000 Kr., für den Bau der Festung Karlsberg 200,000 Kr., für ein Panzerschiff 700,000 Kr., für ein Minenboot 135,000 Kr., für See-Artillerietaterial 100,000 Kr., für das Minenwesen 216,000 Kr., für neue Eisenbahngebäude 400,000 Kr., für Verbesserung der Lebensmittelhälter 337,000 Kr., für das königliche Theater in Stockholm 25,000 Kr. außer dem gewöhnlichen Betrage von ordinären 60,000 Kr.

* Die Anwesenheit der bulgarischen Abordnung in Konstantinopel scheint nicht nur durch den russischen Conferenzplan, sondern auch dadurch große Bedeutung zu gewinnen, daß die Türkei ihre Bereitwilligkeit zum Empfange derselben erst erklärte, nachdem sie die Meinung sämmtlicher Großmächte eingeholt hatte, die ausnahmslos den Empfang dringend anriethen; selbst Rußland schloß sich diesem Rath an. Die Bulgaren würden mit einer europäischen Conferenz oder Botschafterberathung sehr zufrieden sein, da sie die Lösung der Schwierigkeiten, sofern sie die bulgarische Unabhängigkeit verbürgt, nicht minder wünschen als die Mächte.

* Unter der Stichmarke „Alarmgerüchte“ lesen wir im Berner „Bund“ Folgendes:

„Seit einigen Tagen beschäftigen sich selbst angesehene ernsthafte Blätter der Schweiz mit den Machinationen eines angeblichen französischen Generalstabs längs der deutsch-schweizerischen Rheingrenze, welcher sich bald als Antiquitätenhändler, bald als Landschaftszeichner ausgebe, allein allem Anschein nach topographische Studien mache. Auf einem Spaziergange bei Konstanz habe man ihn mit einer Landkarte in der Hand getroffen und er sei von dort mit einem Billet zweiter Classe (warum denn nicht?) nach Weinfelden geflohen; er habe Schaffhausen mit seinem Besuche beehrt und Ausflüge nach Stein a. Rh., Diessenhofen, Uglingen, Singen gemacht ꝛc.

Einige Blätter haben bereits den hierauf verbreiteten Sensationsnachrichten die gebührende Würdigung zu Theil werden lassen, indem sie dieselben als Erfindungen irgend einer Spaßvogelei hinstellten, und wir glauben versichern zu dürfen, daß der erwähnte Franzose auch an der Stelle, die am meisten derselben wäre, die ihm zugedachte Thätigkeit als Spion zu überwachen, nicht sehr ernsthaft genommen wird.

Anderseits suchen uns französische Blätter mit der Nachricht zu schrecken, daß man französischerseits eine Befestigung des Thurm Sablon bei Gent plane, deren Kosten vorläufig auf zwei Millionen veranschlagt seien. Die Genfer Blätter halten indessen die Mittheilung für grundlos, indem sie sich auf die Zusagen berufen, welche die französische Regierung noch vor Kurzem bei Erörterung der Mont-Vache-Affaire in Bezug auf die neutralisirten Gebietstheile Savoyens gegeben hat. Man mag um so weniger an den Ernst eines solchen Projectes glauben, als Frankreich unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen durchaus keinen Anlaß hat, die patriotische Empfindlichkeit der centralen Schweiz zu reizen.

SLUB
Wir führen Wissen.